

V4-Beschluss Transparenz statt undurchsichtige Milchglaspolitik!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Hamburg
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1148 Das fehlende Vertrauen in die politischen Parteien ist verheerend für unsere
1149 Demokratie, denn Parteien sind in Deutschland ein zentraler Bestandteil der
1150 Politik und bestimmen maßgeblich über die politische Ausrichtung mit.

1151 Wichtige Faktoren beim Vertrauen in das politische System sind Korruption und
1152 mangelnde Transparenz. Dabei geht es im Falle von Korruption weniger um direkte
1153 Tauschgeschäfte von Abstimmungen gegen Geld, die längst strafbar sind. Vielmehr
1154 geht es um strukturelle Korruption, die sich aus der Nähe zu
1155 Lobbyvertreter*innen ergibt. Die 2016 bekannt gewordene Möglichkeit für Geld
1156 Zugang zu wichtigen SPD-Politiker*innen zu bekommen (Rent a Sozi), ist ein
1157 Beispiel für strukturelle Korruption. Es wird nicht direkt an die
1158 Politiker*innen und nicht für Gegenleistungen Geld gezahlt, sondern für den
1159 Zugang bzw. die Möglichkeit der Beeinflussung.

1160 Die Regierung kann zu Gesetzesentwürfen Anhörungen veranstalten und dort haben
1161 dann registrierte Interessensverbände die Möglichkeit ihre Meinung kundzutun.
1162 Das ist an sich nicht verwerflich. Problematisch wird es, wenn ganze
1163 Textpassagen von Publikationen der Lobbyverbände unverändert übernommen werden.
1164 Auch das ist strukturelle Korruption, da auch dies nicht durch demokratisch
1165 legitimierte und transparente Abläufe geschieht, sondern durch Deals in
1166 Hinterzimmern.

1167 Von daher hat die Frage der Korruption von Abgeordneten und Parteien viel mit
1168 der Regulierung von Lobbyismus zu tun. Grundsätzlich spricht nichts gegen
1169 Lobbyismus, also das Vertreten eines Interesses, da alle Anhänger*innen aller
1170 Interessen dazu die Möglichkeit haben. Problematisch wird es dann, wenn einige
1171 Lobbygruppen Vorteile gegenüber anderen erhalten. Dies geschieht entweder direkt
1172 durch Verschaffung von Zugang (siehe abgeschaffte Praxis von Hausausweisen für
1173 den Bundestag durch Fraktionen) oder durch bezahlten Zugang (siehe Beispiel von
1174 der SPD). Auf diese Weise werden finanzstarke Lobbyverbände begünstigt ihr
1175 Interesse zu vertreten bzw. finanzschwächere Organisationen
1176 (meistens zivilgesellschaftliche Lobbygruppen, die auf Spenden angewiesen sind)
1177 benachteiligt. Um diese Arten von Bevorzugung zu erschweren, fordern wir ein
1178 verpflichtendes Lobbyregister für alle Lobbygruppen, die in irgendeiner Weise
1179 Zugang zu Politiker*innen bekommen wollen. Des Weiteren sollte jeder gewährte
1180 Zugang zu Politiker*innen (Hausausweise von Parlamenten, Treffen mit
1181 Politiker*innen) unter Nennung der beteiligten Politiker*innen und Lobbyverbände
1182 gemeldet und gebündelt zweimal jährlich veröffentlicht werden.

1183 Neben diesen Punkten sind auch die Nebenverdienste und -tätigkeiten von
1184 Abgeordneten ein Thema. Grundsätzlich können Nebentätigkeiten nicht verboten

1185 werden, das gebietet das verfassungsrechtlich verankerte freie Mandat.
1186 Allerdings sollten die Bürger*innen über die Nebentätigkeiten, sowie die Höhe
1187 der Einnahmen aus selbigen informiert werden, um sich selber ein Bild machen zu
1188 können.

1189 Die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages enthalten bereits Regeln zur
1190 Angabe von Einkünften und einigen weiteren Punkten. Es gibt aber auch Aspekte,
1191 die noch nicht vorhanden sind oder ungenügend geregelt werden, die wir aber für
1192 geboten halten. Reisen von Abgeordneten, zu denen sie auf Kosten Dritter
1193 eingeladen wurden, sollten veröffentlicht werden. Spenden sollten nicht erst ab
1194 5000€ angezeigt und ab 10000€ veröffentlicht werden. Stattdessen sollte eine
1195 Anzeige bereits ab 1000€ und eine Veröffentlichung ab 2000€ erfolgen.

1196 Dem Parlament sollte u.a. zusätzlich angezeigt werden: Art des Vorteils und Name
1197 der vorteilsgebenden Person, wenn ein*e Abgeordnete*r regelmäßig erhebliche
1198 Vorteile/Zuwendungen erhält oder der*die Vorteilgeber*in den*die Abgeordnete*n
1199 mit Sekretariats- bzw. Assistenzdiensten im Zusammenhang mit der
1200 Abgeordnetentätigkeit unterstützt. Darüber hinaus sollten Abgeordnete ihre
1201 Steuerbescheide dem Parlament gegenüber veröffentlichen und ihr Vermögen
1202 offenlegen. Allerdings können diese dem Parlament zugänglich gemachten
1203 Informationen von einer Veröffentlichung ausgenommen werden, wenn dies die
1204 Umsetzbarkeit dieser Forderungen erleichtert oder erst ermöglicht.

1205 Diese Forderungen schränken die Abgeordneten nicht in der Ausübung ihres freien
1206 Mandats ein. Durch eine erhöhte Transparenz ist es jedoch möglich, langsam
1207 wieder Vertrauen in das politische System aufzubauen, welches für eine
1208 Demokratie essentiell ist. In anderen Worten ist die Umsetzung dieser
1209 Forderungen eine vertrauensbildende Maßnahme.

1210 Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND die Änderung der relevanten
1211 Gesetze und der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages entsprechend der oben
1212 genannten Forderungen. Auch ohne diese Umsetzung fordern wir von den
1213 Abgeordneten die freiwillige Offenlegung der genannten Informationen.